

## Vernehmlassungsantwort

Thema	Erfolgskontrolle des Gesetzes über den Finanz- und Lastenausgleich (FILAG)
Für Rückfragen	Franziska Schöni-Affolter (Fraktionspräsidentin), Tel. 079 518 58 74
Absender	Grünliberale Partei Kanton Bern, Postfach 2436, 3001 Bern E-Mail: <a href="mailto:be@grunliberale.ch">be@grunliberale.ch</a> , <a href="http://www.be.grunliberale.ch">www.be.grunliberale.ch</a>
Datum	30. November 2017

Sehr geehrte Frau Regierungsrätin,  
Sehr geehrte Damen und Herren

Für die Einladung zum Vernehmlassungsverfahren des Berichts über die **Erfolgskontrolle des Gesetzes über den Finanz- und Lastenausgleich (FILAG)** danken wir herzlich.

Die Grünliberalen begrüssen die regelmässige Erfolgskontrolle des FILAG und teilen die Einschätzung des Regierungsrates, dass sich das FILAG grundsätzlich bewährt hat.

Im Detail sehen wir jedoch noch Verbesserungspotenzial und schlagen folgende Massnahmen vor:

1. Mit dem aktuellen FILAG ist die Gefahr nicht gebannt, dass strukturschwächste Gemeinden künstlich am Leben erhalten werden. Zwar ist das Ziel erreicht, dass dank der Anpassung des Harmonisierungsfaktors finanzschwache Gemeinden weniger schwache Gemeinden durch den Finanzausgleich nicht mehr überholen können. Aber für die Grünliberalen ist der FILAG immer noch zu sehr strukturerhaltend, im Sinne, dass es einer stärkeren dezentralen Konzentration entgegenwirkt und die Besiedlung von strukturell ungünstigen Räumen trotz schlechten Voraussetzungen ermöglicht. Die Leistungen des FILAG, welche strukturerhaltende und somit fusionshemmende Wirkungen haben, müssen noch weiter abgebaut werden. Dies fängt bei der Überprüfung der Grenze für das Anrecht auf Mindestausstattung von finanzschwächsten Gemeinden an. Die Grenze für eine Anspruchsberechtigung auf Mindestausstattung sollte nach Disparitätenabbau bei einem noch tieferen harmonisierten Steuerindex (HEI) als 86 angesetzt werden. Weiter sollten auch Anreize für die Zusammenlegung von Schulen geschaffen werden. Schlecht ausgelasteten Schulen dürfen nicht weiter geführt werden, nur weil den betroffenen Gemeinden z.B. die Schülertransporte und vollkostenorientierte Abgeltung für externe Schulbesuche plus Unterhaltskosten von zurückbleibenden leeren Gebäude zu teuer käme.
2. Im Bereich der Sozialhilfe erachten wir es für unerlässlich, weitere Anreize für eine effiziente Aufgabenerfüllung zu setzen. Die Grünliberalen unterstützen eine Überarbeitung des Bonus-Malus-Systems zum Beispiel im Sinne der Einführung eines moderaten Selbstbehalts für Gemeinden.
3. Die Gemeinden sollten unbedingt schnell bei der Umsetzung des e-Gouvernement einbezogen werden. Mit der Möglichkeit des elektronischen Verkehrs zwischen verschiedenen Verwaltungsbehörden unterschiedlicher Ebenen wird u.a. auch das jährliche Monitoring bezüglich Entwicklung der Disparitäten und anderer Kennzahlen für die Evaluation des Erfolges des FILAGs schneller verfügbar sein.

Mit freundlichen Grüssen

Franziska Schöni-Affolter  
Fraktionspräsidentin